



**Torsten Bohlmann**  
An der Trave 90  
23795 Bad Segeberg  
Telefon: 0160-94658008  
[torsten.bohlmann@bbs-segeberg.de](mailto:torsten.bohlmann@bbs-segeberg.de)

An die Bürgervorsteherin der Stadt Bad Segeberg,  
an die Fraktionsvorsitzenden,  
an den Bürgermeister der Stadt Bad Segeberg

Bad Segeberg, den 19.11.2018

**Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 29.11.2018**  
hier: TOP 11 „6. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bad Segeberg“

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Tagesordnungspunkt 11 der o. g. Sitzung stellt die BBS-Fraktion folgenden **Antrag**:

**§ 8 Abs. 2 Nr. 11 wird durch den Zusatz „bei Wohngebäuden bis max. 5 Wohneinheiten“ ergänzt. § 8 Abs. 2 Nr. 12, 13 und 15 werden gestrichen.**

Begründung:

Die o. g. Regelungen betreffen die Stadtplanung. Die städtebauliche Entwicklung ist grundsätzlich Aufgabe der Stadtvertretung. Insofern sollten die Entscheidungen über die Entwicklung und das Aussehen unserer Stadt durch das oberste Beschlussorgan getroffen werden.

Durch die o. g. Änderungen würden die baurechtlichen Entscheidungen unserer Stadt transparenter werden. In den öffentlichen Sitzungen könnten die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungsfindung verfolgen und ggfs. durch Anregungen Einfluss nehmen.

Für Teile der Stadt Bad Segeberg gibt es keine gültigen Bebauungspläne. Dieses gilt zum Beispiel für die Südstadt. Von den Entscheidungen darüber, was dort gebaut werden soll, ist die Stadtvertretung zurzeit ausgeschlossen. Bei enger Auslegung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen bekommt sie von den Bauvorhaben nicht einmal Kenntnis. Mit der o. g. Änderung soll erreicht werden, dass größere (stadtbildprägende) Gebäude künftig nur mit Zustimmung der Stadtvertretung errichtet werden können.

In der im Frühjahr 2018 vom „Innenministerium“ übersandten Muster-Hauptsatzung ist der Vorschlag, die o. g. Entscheidungen an die Verwaltung zu übertragen, nicht vorhanden. Daraus lässt sich herleiten, dass die politischen Entscheidungen auch bei der Politik bleiben sollten. Der Politik bliebe dann die Möglichkeit, frühzeitig auch die Themen Kita-Plätze, Schulentwicklung, Verkehrslenkung in die baupolitischen Entscheidungen einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Zustimmung,

Torsten Bohlmann  
Fraktionsvorsitzender